

Staatsminister Dr. Tobias Lindner im Auswärtigen Amt

- (A) natürlich auf den Abschlussbericht der Wahlbeobachtermission von ODIHR.

Entscheidend ist aber, wie ich gerade klargemacht habe, dass es zu vorangegangenen Wahlen ja schon Feststellungen von Missständen gibt, dass es davon ausgehend Empfehlungen gibt und dass wir klar und eindeutig von Serbien erwarten, dass diese Empfehlungen umgesetzt werden, und dass es äußerst bedauerlich ist, dass dies bisher nicht geschehen ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Ich sehe, Sie haben noch eine weitere Nachfrage, Kollege Kuban. Bitte.

Tilman Kuban (CDU/CSU):

Vielen herzlichen Dank. – Es ist meine Aufgabe im Rahmen einer Fragestunde, glaube ich, es Ihnen auch manchmal schwerzumachen, Sie zu kontrollieren. Von daher meine weitere Nachfrage: Ist Ihnen bekannt, weil ja jetzt auch häufig über Wahlfälschungen und darüber gesprochen wird, dass es möglicherweise Mehrfachabstimmungen gegeben hat, dass jede Serbin, jeder Serbe bei Geburt eine bestimmte Nummer zugewiesen bekommt, dass man dort, wenn man zum Arzt geht, diese Nummer braucht, dass man aber auch zur Eintragung ins Wahlregister diese Nummer braucht? Da stelle ich mir die Frage, ob es faktische Beweise dafür gibt, dass es möglicherweise wirklich solche Mehrfachabstimmungen gegeben hat.

(B)

Dr. Tobias Lindner, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Zu den faktischen Beweisen nochmals: Weil es uns wichtig ist, dass wir, wenn wir Kritik üben, sie auch auf eine Wahlbeobachtermission stützen, warten wir als Bundesregierung natürlich den Abschlussbericht von ODIHR ab. Aber was ich Ihnen sagen kann, um, wie ich glaube, in die Richtung Ihrer Frage zu gehen, ist ja, dass wir wissen, dass ODIHR nach den Parlamentswahlen 2022 in den Empfehlungen als einen zentralen Punkt die unabhängige Überprüfung des Wählerregisters genannt hat und dies bis heute nicht umgesetzt worden ist.

Ich hoffe, wir sind uns darin einig, dass, wenn dieser zentrale Punkt umgesetzt worden wäre, Sie mir diese Frage eben nicht hätten stellen müssen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Keine weitere Nachfrage dazu.

Dann kommen wir zur Frage 9 des Abgeordneten Matthias Hauer:

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie sich das Russische Haus in Berlin seit 2014 finanziert (bitte auch angeben, inwiefern die Einrichtung gegebenenfalls Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln in Deutschland beantragt und/oder erhalten hat), und hat die Bundesregierung seit Februar 2022 eine Schließung der Einrichtung, die von der sanktionierten Behörde Rossotrudnitschestwo betrieben wird, geprüft (bitte auch zum etwaigen Ergebnis einer entspre-

chenden Prüfung ausführen sowie, falls zutreffend, warum eine entsprechende Prüfung bzw. Schließung vor dem Hintergrund der Aufnahme von Rossotrudnitschestwo in die EU-Sanktionsliste nicht erfolgt ist; vergleiche www.tagesspiegel.de/berlin/das-russische-haus-in-berlin-behorden-schreiten-trotz-sanktionen-nicht-ein-beschwerde-eingelegt-10557430.html)? (C)

Dr. Tobias Lindner, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Abgeordneter Hauer, ich beantworte Ihre Frage für die Bundesregierung wie folgt: Die effektive Durchsetzung der auf EU-Ebene konzertierten Sanktionen ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung, um auf diese Weise, zusammen mit anderen unterstützenden Maßnahmen für die Ukraine, eine Beendigung des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu erreichen. Dazu gehört auch die Unterbindung von russischer Propaganda durch staatliche russische Stellen in der Europäischen Union. Aus diesem Grund hat die Europäische Union gegen die Kulturagentur Rossotrudnitschestwo – ich habe das gestern dreimal geübt – am 21. Juli 2022 restriktive Maßnahmen im Rahmen der EU-Verordnung 269/2014 verhängt. Durch diese Maßnahmen besteht ein umfassendes Bereitstellungsverbot gegenüber der Organisation sowie ein Verfügungsverbot, wodurch das Russische Haus betroffen ist. So darf das Russische Haus beispielsweise über die Vermietung von Ladenflächen keine Einnahmen mehr generieren. Die für Sanktionsdurchsetzung zuständigen Stellen überwachen diese Verbote. Die Umsetzung der restriktiven Maßnahmen nach dieser EU-Verordnung begründen jedoch nicht eine komplette Schließung des Russischen Hauses. (D)

Das Russische Haus hat keine Zuwendungen durch die Bundesregierung erhalten. Im Übrigen liegen der Bundesregierung zur Finanzierung des Hauses keine eigenen Erkenntnisse vor. Entsprechende Ermittlungen obliegen gegebenenfalls den Justiz- und Strafverfolgungsbehörden.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Sie haben eine Nachfrage, Herr Kollege Hauer? – Bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Staatsminister, vielen Dank für die Antwort. Sie haben gerade die zentrale Bedeutung der Sanktionierung beschrieben, haben aber dann am Ende doch gesagt: Das Russische Haus darf so weitermachen wie bisher. – Da würde ich mich schon sehr dafür interessieren, welche rechtlichen Grundlagen Sie sehen, nicht einschreiten zu müssen; denn es ist ein schrecklicher Angriffskrieg, den Russland gegenüber der Ukraine führt. Wir haben es hier mit einer Propagandaaußenstelle Russlands zentral in Berlin zu tun, und die Bundesregierung handelt nicht. Das, was Sie jetzt beschrieben haben, was das Russische Haus nicht mehr darf, schränkt die ja in keiner Weise in ihrer Propagandatätigkeit ein. Deshalb noch mal die Frage: Sie sehen also keine rechtliche Möglichkeit, es zu schließen, oder wird da noch geprüft?

(A) **Dr. Tobias Lindner**, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Herr Abgeordneter, da haben Sie mich entweder falsch verstehen wollen oder falsch verstanden. Das Russische Haus darf nicht weitermachen wie bisher. Es darf keine Einnahmen, keine Gewinne erzielen, und ihm darf durch Dritte auch nichts verkauft und bereitgestellt werden. Was das Russische Haus machen darf, ist, Maßnahmen zum Erhalt seines eigenen Vermögenswertes durchzuführen, beispielsweise Instandhaltungs- oder Reparaturarbeiten.

Klar ist: Für die Sanktionsdurchsetzung und die Verfolgung von Sanktionsverstößen sind die Justiz- und Strafverfolgungsbehörden zuständig. Das ist Ländersache. Die Bundesregierung kommentiert so etwas grundsätzlich nicht. Aber ich kann Ihnen sagen, dass wir beispielsweise gegenüber ukrainischen Stellen deutlich gemacht haben: Wenn ihr Beobachtungen gemacht habt, wenn ihr Erkenntnisse zu Aktivitäten im Russischen Haus habt, dann sind die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner die Strafverfolgungsbehörden, die dann für eine entsprechende Verfolgung zuständig wären.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Eine weitere Nachfrage, Kollege Hauer? – Bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU):

(B) Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Staatsminister, zunächst einmal möchte ich Ihnen ans Herz legen, sich vielleicht mal mit Ihrem Parteifreund Volker Beck, der ausdrücklich die Schließung des Russischen Hauses in Berlin fordert – auch aus guten Gründen –, über die Thematik auseinanderzusetzen.

Könnte es vielleicht sein, dass die Bundesregierung deshalb zurückhaltend ist beim Thema „Schließung des Russischen Hauses“, weil sie eine Schließung des Goethe-Instituts in Russland befürchtet? Könnte das vielleicht zutreffend sein? Denn es kann ja wohl nicht der Fall sein, dass wir uns bei unserem Handeln an einem Despoten orientieren.

Dr. Tobias Lindner, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Herr Abgeordneter, erstens stehe ich hier für die Bundesregierung und nicht als Vertreter der Partei, deren Mitglied ich bin.

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Aber sprechen dürfen Sie trotzdem mit ihm!)

Zweitens. Der von Ihnen insinuierte Konnex zwischen Russischem Haus und Goethe-Institut ist so nicht zutreffend.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Gut. Keine weiteren Nachfragen.

Dann schaffen wir noch eine, nämlich die Frage 10 der Abgeordneten Gökay Akbulut, fraktionslos:

(C) Inwieweit ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Vorgehensweise der israelischen Armee in Gaza noch von dem Recht auf Selbstverteidigung Israels infolge des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 gedeckt ist, insbesondere mit Blick darauf, dass die Bundesregierung sich „immer wieder“ veranlasst sah, die israelische Regierung auf die Einhaltung des Völkerrechts hinzuweisen (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage 14 auf Bundestagsdrucksache 20/9979), und wie positioniert sich die Bundesregierung zu den aktuellen Rechtsmitteln Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, die unter anderem darauf gerichtet sind, dass Israel die Kriegshandlungen in Gaza sofort einstellen soll (vergleiche www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf)?

Dr. Tobias Lindner, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Herr Präsident! Frau Abgeordnete, ich beantworte Ihre Frage für die Bundesregierung wie folgt: Israel hat nach dem bewaffneten Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 das Recht auf Selbstverteidigung gegen die Terrororganisation Hamas. Das legitime Selbstverteidigungsrecht Israels ist im Rahmen des humanitären Völkerrechts auszuüben. Die israelische Armee muss allerdings alles tun, um Zivilistinnen und Zivilisten in Gaza zu schützen. Das gilt auch für den Schutz von Palästinenserinnen und Palästinensern vor Siedlergewalt im Westjordanland. Die israelische Armee muss Wege finden, die Hamas zu bekämpfen, ohne dass so viele palästinensische Zivilistinnen und Zivilisten Schaden an Leib und Leben nehmen. Es sind in diesem Konflikt schon zu viele Menschen gestorben.

(D) Es obliegt dem Internationalen Gerichtshof, den von Südafrika eingereichten Antrag rechtlich zu prüfen. Der Tatbestand des Völkermords im Sinne der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 setzt voraus, dass die Tathandlungen in der Absicht begangen werden, Angehörige einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten. Die Bundesregierung hat ihre Absicht mitgeteilt, im Hauptsacheverfahren vor dem IGH ihre Rechtsauffassung zur Auslegung der Völkermordkonvention in Form einer sogenannten Intervention darzulegen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Eine Nachfrage, Frau Kollegin? – Bitte.

Gökay Akbulut (fraktionslos):

Vielen Dank für die Zulassung der Nachfrage. – Gibt es dann aber unterhalb der Einstufung als Völkermord Ereignisse in Gaza, wie zum Beispiel die massenhafte Vertreibung oder die Nutzung von ungenlenkten Bomben, bei denen die Bundesregierung sagen würde: „Diese Handlungen begründen vielleicht keine Einstufung als Völkermord, aber sie können als Kriegsverbrechen eingestuft werden“?

Dr. Tobias Lindner, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Frau Abgeordnete, das mag Sie nicht befriedigen, aber es ist auf der Linie dessen, wie wir solche Fragen beant-